

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftstag: 9-5 Uhr
Verleger: Dorndr.-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2500-2507

Rededuell Schlieben-Höpfer-Archoff.

Endkampf um den Finanzausgleich.

Der Reichstag beendet heute die zweite Lesung des Steuer-

gesetzes. Das Haus bewilligt zunächst fünf Abgeordneten den nach-

gefragten längeren Urlaub und setzt dann die zweite Beratung

des Entwurfs eines Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungs-

rechte des Reiches, der Länder und Gemeinden fort. Abg. Koenen (Komm.) lehnt den Entwurf wegen seiner Tendenz

ab, die durch Ausbündung neuer Lasten auf die Versorgungsbetriebe

dahin zielt, den Konsumenten die notwendigen Bedarfsartikel Gas,

Wasser und Elektrizität zu verteuern. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) begrüßt die Verbesserung

des Ausschusses, daß die Reichspost von den Gemeinden zu Wege-

baukosten herangezogen werden kann. Der Redner begründet dann

den demokratischen Antrag, der die Aufnahme folgender Bestimmung

in das Gesetz fordert: Das Steueraufkommen aus Betrieben und Verwaltungen,

die lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, zu deren

Befriedigung die Bevölkerung auf diese Betriebe und Verwaltungen

angewiesen ist (Versorgungsbetriebe), wird den Gemeinden

(Gemeindeverbänden) und Ländern, die diese Versorgungsbetriebe

entweder selbst betreiben oder im Wege der Konzessionierung

betreiben lassen, überwiesen. Damit schließt die Aussprache.

Ein Antrag Kulkampff (D. Vp.), der auch die öffentlichen

Versorgungsbetriebe, die lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung

dienen, der Körperschaftsteuer unterworfen wird, wird in namentlicher

Abstimmung mit 224 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Dr. Fischer (Dem.) wird dann mit 346 gegen 26

Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wird unter Ablehnung der übrigen Änderungs-

anträge in der Ausschussfassung angenommen. Es folgt dann die zweite Beratung

des Gesetzes.

Das Gesetz bestimmt nach den Vorschlägen des Ausschusses, daß die

Regelung des Zuschlagsrechts beschaffen, wobei ihm nichts ferner

liegt, als etwa eine Einmischung in die den Ländern obliegende

Aufsicht über die Gemeinden. Zum Schluß betont der Minister er-

neut, daß es die Reichsregierung nach wie vor besonders begrüßen

würde, wenn es gelänge, mit den Ländern auf der allgemeinen

Grundlage der Beschlüsse des Steuerausschusses zu einer Verständ-

igung zu kommen. (Beifall rechts.) Bei den darauf folgenden Ausführungen des preußischen

Finanzministers Höpfer-Archoff

kam es wiederholt zu lebhaften Unterbrechungen, die besonders von

der rechten Seite ausgingen. Der preußische Finanzminister wandte

sich gegen das Kompromiß, das den Ländern und Gemeinden 21

Millionen geben will. Den Ländern würde dadurch jede Hoff-

nung auf das Mehrertrömen aus einer entwicklungsfähigen Steuer

genommen werden. Er machte den folgenden Gegenvorschlag:

Das Reich solle den Ländern 75 Prozent aus der Einkommen-

und Körperschaftsteuer geben, dafür würden die Länder auf die Ga-

rantie verzichten, von der Umsatzsteuer wünschten die Länder

35 Prozent und hier müßte das Reich ein Aufkommen von 500

Millionen garantieren. Die Länder haben den Wunsch, mit dem

Reich zu einer Einigung zu kommen und die politischen Schwierig-

keiten zu beseitigen. Der jetzige Vorschlag der Länder bedeute für

sie ein großes Opfer, nachdem sie ihre früheren Steuern aufgegeben

haben. (Lärm rechts.) Um einen Ausgleich der Schäden, die ihnen das Steuerkompromiß

zumute, zu erzielen, würden die Länder gezwungen sein

(Zuruf rechts: Zu (paren!), die Realsteuern stark anzuspinnen.

Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Hauszinssteuer eine

Milliarde zur Deckung des Finanzbedarfs erbringen werde. Die

Hugenbergs Ablenkungsversuch.

Die Verantwortung für Teuerung und Krise.

Herr Hugenberg hat in seiner Presse einen publizistischen Feldzug

begonnen, dessen Ziel es ist, die Frage der Verantwortung für die

täglich wachsende Teuerung und die drohende wirtschaftliche Krise zu

verdunkeln. Seit dem Beginn des Jahres regiert in Deutschland eine

ausgesprochene Rechtsregierung, die unter dem Einfluß der

Interessenten in Industrie und Landwirtschaft steht. Unter dieser

Regierung hat sich die wirtschaftliche Lage verschlimmert. Die

Preise steigen, die Lebenshaltung der Bevölkerung sinkt. Der

Konsum wird eingeschränkt. Die Absatzmöglichkeiten für die

Unternehmungen werden eingengt. Eine ernste wirtschaftliche

Krise scheint heraufzuziehen. Im wesentlichen gibt es für diese

ungünstige wirtschaftliche Entwicklung zwei Ursachen: die man-

gelnde Kaufkraft der Massen der konsumierenden Bevölkerung in

Deutschland und der Mangel der Wirtschaft an Betriebskapital.

An beiden Umständen trägt die Industriegruppe, zu der Herr

Hugenberg gehört, ein wohlgerichtetes Maß von Schuld. Die

Einengung der Kaufkraft der Bevölkerung ist die Nachwirkung

jener großen Ausraubung des Volkes durch die Gewinner der

Inflation in der Inflationszeit, die Folge der volkswirtschaftlich

turzichtigen Lohnpolitik des Unternehmertums. Der Mangel der

deutschen Wirtschaft an Betriebskapital hat seine Ursache

ebenfalls in der Inflationszeit. Die Spekulation auf die Ent-

wertung der Mark, die Ausmischung der Inflation zur Bildung

von unorganischer Konkurrenz, die in der Entstehung des

nummehr verdrängten Stimmischen Privatkonzerns ihren

Höhepunkt erreichte, hat zur Zerstörung eines großen Teiles

des deutschen Volkvermögens geführt. Sie hat das Sparkapital

vernichtet, das ein inneres Reservoir für das Betriebskapital

Wäre in Deutschland nicht eine Rechtsregierung am Ruder, sondern eine Regierung der Linken oder auch nur eine Regierung der Mitte, so würde Herr Hugenberg in seiner Presse die ganze Verantwortung an der heutigen Wirtschaftslage auf diese Regierung wälzen. Dann würde er die Wirtschaftspolitik in der Gegenwart verantwortlich machen für die Leuerung von heute und die kommende Not von morgen. Aber die Partei des Herrn Hugenberg sitzt in der Regierung. Sie ist die stärkste Partei in der Rechtsregierung. Sie trägt die Verantwortung für den Kurs dieser Regierung in der allgemeinen Politik wie in der Wirtschaftspolitik. Sie trägt die Verantwortung für die Leuerung und den krisenhaften Zustand der Wirtschaft. Diese Tatsache wird kein Ablenkungsmanöver verdunkeln — selbst wenn Herr Hugenberg in eigener Person sich um die Verdunkelung bemüht.

Landwirtschaftliche Preispolitik.

Ein Stück wirtschaftspolitischer Demagogie.

Seit Wochen sind die politischen Parteien übereingekommen, daß die Ausfuhrverbote auf Getreide und Mehl aufgehoben werden müssen. Die Sozialdemokratie hat sich in ihrem programmatischen Antrag ausdrücklich für diesen Schritt, Abbau der letzten Reste der Zwangswirtschaft und zum Anschluß an den Weltmarkt ausgesprochen. Demgegenüber hat der Reichsernährungsminister erklärt, er werde die Ausfuhrverbote aufheben, sobald die neue Ernte an den Markt käme. Denn vorher würde nicht die Landwirtschaft, sondern nur der spekulative Getreidehandel vom Anschluß an den Weltmarkt Nutzen ziehen.

Anzweifelhaft ist die neue Ernte seit mehr als einer Woche am Markt, aber die Ausfuhrverbote bestehen noch immer. Dagegen teilt eine Korrespondenz heute mit, daß sie „mit der Annahme der Zollvorlage oder bei Vertagung des Reichstages“ aufgehoben werden sollen. Also nicht nach sachlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten.

Was sind die Motive hierfür? Sie liegen auf der Hand. Das Reichslandwirtschaftsministerium hofft, durch das Angebot der neuen Ernte am Inlandsmarkt die Getreidepreise zu drücken und so neue Scheinargumente für die Zollvorlage zu finden. Daß dieses Verfahren, wenn es im vollen Umfang geglückt wäre, dem spekulativen Getreidehandel durch Öffnung der Grenzen große Gewinne auf Kosten der Landwirtschaft in den Schoß werfen mußte, war dabei natürlich gleichgültig. Trotzdem sind bisher die Preisabschläge ziemlich gering geblieben. Sie betragen in den letzten acht Tagen immerhin 5 bis 10 Proz. Die Politik der Regierung, die zu Rotverkäufen gedrängten ärmeren Landwirte zugunsten der Spekulationsgewinne des Handels und der späteren Zollgewinne der besser gestellten Landwirte zu enteignen, ist bisher also nur zu einem Teil geglückt. Trotzdem hofft man noch immer. Vielleicht kann die Kreditnot und der aus ihr sich ergebende Preisdruck auf dem Inlandsmarkt doch noch ein Zollargument in letzter Stunde abgeben.

Darum bleiben die Ausfuhrverbote, bis das Schicksal der Zollvorlage entschieden ist. Das ist vielleicht das stärkste Stück wirtschaftspolitischer Demagogie, das die Regierung sich in diesem Zollkampf bisher erlaubt hat.

Zentrum und Zollpolitik.

Forderungen katholischer Arbeiter.

Düsseldorf, 5. August. (Wtr.) Eine Bezirkskonferenz der katholischen Arbeitervereine Düsseldorfs richtete an die Reichstagsfraktion des Zentrums eine Rundgebung, in der u. a. gesagt wird:

„Die katholische Arbeiterschaft hält eine weitere Befastung des täglichen Bedarfs durch Zölle für untragbar. Sie begrüßt den Schritt der Arbeiter-Zentrumsabgeordneten hinsichtlich Aufhebung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel.“

Staatlicher Spielklub.

Jedes Bad, das nur etwas auf sich hält, hat neben seiner selbstverständlich prachtvollen Umgebung irgendeine Attraktion, sei es eine Burgmauer, ein mondänes Leben oder ein vorbildliches Kurorchester. Zoppot, der Stolz des Freistaats Danzig, verfügt über einen staatlichen Spielklub.

Man kennt diese Einrichtung genau aus dem Sittenfilm, in dem vielleicht ein Bruno Kastner mit eingeklinkten Knurren sein Vermögen verliert oder ein Johannes Niemann mit würdigem Lebensernt es seinerseits gewinnt; ferner schrieb anständige Zeitungen vor einigen Jahren unentwegt lokale Zeitartikel über geheime Spielhöhlen, in denen einige Leute nach allen Regeln sentimentaler Hintertreppensromane um den letzten Rest ihrer Valuta oder Kofainpekulation gebracht, schließlich auf ein Auto verladen wurden und auf dem Polizeipräsidium landeten.

Auch in Zoppot gab es einmal Zeiten, in denen man vom Spielklub mit schauernden Gänsehäuten sprach. Sie sind lange dahin. Zuerst wollte man den Spielklub als unmoralische Angelegenheit schließen, sämtliche Parteien traten dafür ein, aber ein nächster Geschäftsmann siegte über altjüngferliche Bescheidenheit, man sah Gewinnmöglichkeiten, der Staat beteiligte sich an der bisherigen Unmoral, und die ganze Einrichtung erglänzte plötzlich in hellster Einheitsbeleuchtung. Keine Ungenauigkeiten kamen vor, jeder verlor auf völlig legale Weise sein Geld. Aber ach, dieser staatlich funktionierende Spielklub gleicht gar nicht dem Bild, den Film oder Courtes-Röhler-Romanen davon entwarfen: Die wenigen Fracks und Smoking, die hier spazieren geführt werden, gehören Kellnern oder Croupiers. Eigentlich haben diese Herren die intelligentesten und die besten Kamieren zum größten Verdruß der anderen; die sogenannten feinen Leute tragen bescheidene Straßenanzüge, manche Geflüster sind sogar unraffiert. Aber auf den Fußboden zu spucken ist verboten. Manchmal sieht man auch ein gültiges Großaufmannsvesicht, dessen Inhaber gerne am Roulette oder am Baccarat dem Staat einen beträchtlichen aber gerechten Zuschuß zu seiner Einkommensteuer auf den Tisch legt. Der Spielklub übt ausgleichende Gerechtigkeit. Unterdrückte Vermögen bringen hier dem Staat größere Einkünfte als auf legale Weise; sonst wimmelt es von Raufputzern verschiedenster Branche und Rationalität, hin und wieder „Richter“ ein heimlicher Beamter oder Oberlehrer am Roulette verleiht. Gutsbesitzer mit frischen, roten Anzügen, Frauen in neuen und alten Aufzügen und scharf intellektuelle Hornbrillen erfreuen durch ihre Gegenwart und beleben anmutig das Panorama, Russen und Polen vertragen sich wunderbar, Hakenkreuzler und Zionisten trinken Brüderhand; zwischenher verdrängt man noch schnell einen Wagon Tabak oder ähnliches, man hört alle Sprachen und amüsiert sich ausgezeichnet, wenn man gewinnt.

Das Spiel auf dem Roulette ist nämlich einfach. Man soll immer die Nummer setzen, die gewinnt, damit es einem wohlgehe und man üppig leben auf Erden. Tut man das nicht, verliert man, was bei hartnäckiger Konsequenz sehr unangenehm werden kann. Im Baccarat muß man sich bemühen, immer mehr zu haben als der Gegner, schließlich ist man sich selbst der nächste. Das ist der kategorische Imperativ des Hazardspiels.

Am Roulette drängen sich die Rebbisgerisungen, Baccarat

Beider wird gefordert, noch einen Schritt weiter zu gehen, indem die alte Forderung, die Hauszinssteuer ausschließlich dem Wohnungszweck dienstbar zu machen, mit allem Nachdruck vertreten wird. Die Parteifreunde werden gebeten, die Steuerentlastung der Regierung abzulehnen, weil sie der steuerlichen Gerechtigkeit widerspricht. Schließlich wird in der Entscheidung auf das erschreckende Ausmaß der Not in der Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriebezirks hingewiesen, die vorwiegend durch die Arbeitslosigkeit infolge Massenbetriebsstilllegungen herbeigeführt ist. Man vermisst seitens der Regierung Maßnahmen zur Vinderung dieser Not.

Der Optantenkrieg.

Die Herrnhäuser dürfen nicht angetastet werden!

Die Rechtspresse überschlägt sich förmlich. Das traurige Schicksal der aus Polen vertriebenen Deutschen dient ihnen lediglich als Anlaß für innerpolitischen Hege. Damit werden sie freilich kein Glück haben. Wo auf deutscher Seite die Schuld an Veräumnissen liegt, das ist zu klar, als daß darüber ernsthaft gestritten werden könnte. Der Revandekrieg gegen Polen wird mit dem Munde intensiv vorbereitet. Das Mundwerk ist um so größer, je sicherer man weiß, daß dieses Maulaufreißen zu gar nichts führt. Nur einen Vorschlag werden die Deutschnationalen ganz bestimmt nicht durchführen, trotzdem er eigentlich von ihrem Standpunkt aus außerordentlich nahelegen müßte. Das ist der Vorschlag der „Täglichen Rundschau“, die verlangt, daß in Zukunft polnische Arbeiter in den landwirtschaftlichen Bezirken der Grenzmark Pommerns und Brandenburgs namentlich während der Erntezeit keine Beschäftigung mehr finden sollen. Ausgerechnet hier nationale Gefinnung von den Deutschnationalen zu verlangen, ist nur möglich, wenn man die Herrschaften nicht kennt. Solange wie die Junker auf ihren Kutschen hausen, haben sie immer noch polnische Arbeiter und Arbeiterinnen hundertmal lieber als deutsche beschäftigt. Die nationalen Redensarten in der deutschnationalen Presse sind schön und gut, aber viel wichtiger ist es für sie, billige Arbeitskräfte zu behalten. Und dazu sind die Polen trotz des Optantenkrieges immer noch sehr gut zu gebrauchen.

Wahlos erregt sich heute schon die „Kreuz-Zeitung“ über unsere Anregung, die aus Polen vertriebenen Optanten in den westpreussischen Gutshöfen und Herrnhäusern einzuquartieren. Sie erhebt jetzt schon „schärfsten Protest dagegen, daß ausschließlich die ohnehin durch die Kurzsichtigkeit der Nachhaber im neuen Deutschland (!) mit Lasten überbürdete Landwirtschaft etwas zur Wiedergutmachung der Veräumnisse des sozialistischen Innenministers herangezogen wird“. Mit Verlaub! Wer am meisten den Mund aufreißt, muß auch am meisten leisten. Da brauchen sich die Herrschaften nicht wundern, wenn man an ihre „nationale Opferwilligkeit“ ganz besonders appelliert. Spricht die „Kreuz-Zeitung“ wirklich im Namen der Bon und Zu, der Grafen und Barone, die hinter ihr stehen? Lehnen diese es wirklich ab, ihre geräumigen Gutshäuser und Herrensitze für die Vertriebenen freizumachen, die nicht zuletzt wegen der Politik gerade dieser Kreise zu leiden haben?

Im Reichstage ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder dafür zu sorgen, daß a) den aus Polen flüchtigen Optanten angemessene Wohnräume und Arbeitsgelegenheit angewiesen werden, b) den Optanten, die Landwirtschaft betrieben haben, in ausreichendem Maße Belegerechtigkeit zur Siedlung gegeben wird.

Beim Preussischen Landtag ist ein Gesetzentwurf über das Verfahren bei Volksbegehren und bei Volksentscheiden eingegangen, der nur für Preußen Geltung hat.

spielen die gesamten Briestaschen. Dort herrscht wilde Wichtigtuerei, hier läßt, wohlgezielter Ruhe bei hohen Einsätzen, die mit einem heiteren und einem nassen Auge verloren werden. Die alte Wahrheit bestätigt sich: Viel Geld schafft Rüdgrat, verleiht Anmut und Würde. Wie gelassen sitzen die Leute um ihre Baccaratstühle und wieweil Lärm und Geseires um wenigens. Im Rouletteaal ist auch das Rauchen verboten. Das ist ungerecht gegen die kleinen Existenzen. Die Zigarre verleiht dem Menschen Haltung. Der Mensch läßt sich dann nicht so gehen, er saugt aus dem Tabak neue Energie, hat immer einen Gegenstand, an den er sich halten kann. Am Roulette gibt es außer der Tischante nichts zu halten. Die Croupiers spielen, man sitzt unbefähigt herum, weiß genau, daß die andere Farbe und Nummer gewinnt, wird darüber selbstverständlich aufgeregt und beginnt Streit mit dem gewinnenden Nachbar, behauptet, es sei das eigene Geld, schreit nach Staatshilfe und läßt sich nur schwer beruhigen.

Der Spielklub hat Neugierigkeit mit einem Seminar für experimentelle Psychologie. Bekannter angehend wird hier der psychische Unterschied der Geschlechter demonstriert. Die Frau ist von Natur aus geschlossener als der Mann. Das ist ganz hübsch, aber im Spielklub weniger angenehm. Am schlimmsten ist die alten Frauen, die am Roulette oft eine bezwingende Tragikomik entwidelt. Zuerst verschreiben sie eine unmenge Papier. Jede herauskommende Nummer wird gewissenhaft notiert, dann erfolgen tiefsinnige Berechnungen nach tabellarischer Methode mit Kreuz- und Querschriften, bis das richtige System gefunden ist, und dann verliert man weiter oder der böse Nachbar behauptet, der Gewinn gehöre ihm. Dies ist der mundeste Punkt. Die Stimme überschlägt sich, das Gebiß rutscht, die Härchen auf der Oberlippe sträuben sich, die Finger wollen den ersehten Croupiers erdrücken: Rosa Balletti oder Wale Sandroff können es nicht besser machen. Die Männer entstammen gemäßigteren Zonen, erleiden höchstens Schlaganfälle oder pilgern in das Land, aus des Bezirk kein Wanderer wiedertehrt.

Und alle die da sind, hoffen zu gewinnen, tragen gegenseitiger Versicherung, spielen um sich zu bereichern, oder um Sensationen zu erregen. Manche spielen auch nicht, suchen etwas anderes, flirrt, Liebesangagements oder gehen hin, um ernsthafte Geschäfte abzuschließen. Die Lust ist aufregend, geladen mit Leidenschaft, Zigarettenrauch und nicht immer einwandfreien Parfüms. Die Gestaltung des Lebens hat hier etwas Schieberhaftes, Abenteuerliches und Unnormales, so etwa, wie der kleine Rottich sich die drohe Welt vorstellt. Aber im Film ist alles eleganter. Schade, daß die Bretter und die Weinwand nicht mehr die Welt bedeuten, sehr zum Nachteil der Welt. Felix Scherret.

Sieg der Frauenstimme. In London hat man in letzter Zeit Versuche angestellt, um festzustellen, ob die Stimme der Frau oder die des Mannes im Lautsprecher deutlicher hörbar ist. Auf Grund der Ergebnisse dieser Versuche sind jetzt in Londoner St. Pancras-Bahnhof Frauen zum Ausrufen der abfahrenden Züge angestellt worden. Durch Lautsprecher werden diese Ankündigungen in den Wartesälen dem Publikum vermittelt. Man hat nämlich festgestellt, daß die Frauenstimme trotz ihrer geringeren Tragfähigkeit und Klangkraft heller und deutlicher ist und deshalb im Lautsprecher besser zur Geltung kommt als die Männerstimme.

Bacmeister und Leopold erklären . . .

Geständnisse und falsche eidesstattliche Versicherungen.

Die deutschnationalen Herren Bacmeister und Leopold veröffentlichen in der heutigen deutschnationalen Morgenpresse die bereits am Dienstag morgen von uns angekündigte Erklärung. Sie überschreibt durch die sachliche Dürftigkeit, die sich hinter geschwollenem Pathos verbirgt.

Die beiden Ehrenmänner versichern, nicht aus parteipolitischen Zielen, sondern im Interesse einer „geordneten Rechtspflege“ zu handeln. Dabei beginnen diese Rechtschützer ihre Erklärung mit dem glatten Geständnis, ein Bureau finanziell ausgehalten zu haben, dessen Zweck die Verarbeitung aus den „Deutschen Werken“ gestohlener Aktien war. Für Kämpfer ums Recht eine ganz ansehnliche Leistung!

Im weiteren wird die Bekanntheit der Herren mit Assessor K u h m a n n zugestanden, sowie auch „zwei bis drei Besprechungen“. Dies Geständnis läßt sich nicht mit der Erklärung Kuhmanns vereinbaren, er hätte niemals mit „Stellen der Deutschnationalen Volkspartei“ gearbeitet. Daß in diesen Besprechungen über die Barmat-Sache, die Herr Kuhmann dienstlich bearbeitete, verhandelt worden ist, stellen die Herren nicht in Abrede. Sie bestreiten nur, daß ihnen Kuhmann Dinge mitgeteilt hätte, die ihm in seiner Eigenschaft als unterforschender Staatsanwalt zur Kenntnis gekommen waren“. Daß Herr Kuhmann hingegen dem von beiden Herren finanziell ausgehaltenen Bureau Knoll und dessen Angestellten derartige Angaben gemacht hat, bestreiten die Herren nicht.

Die Herren greifen dann weiter das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidiums an, ein recht vergebliches Bemühen, nachdem selbst der deutschnationale „Total-Anzeiger“ feufzend hat zugestehen müssen, daß dessen Handlungsweise durchaus in Ordnung war. In diesem Zusammenhang kommen die Herren Leopold-Bacmeister dann auch auf den „Vorwärts“ zu sprechen und sagen hier mäßig folgendes:

„Sag aber das Material den Behörden noch nicht längere Zeit vor, was allein dem Polizeipräsidium zur Abwendung der Verdunkelungsgefahr das Recht gab, einen schnellen Schritt zu tun, dann ist die Frage anzumerken, auf welchem Wege der „Vorwärts“ am Tage der Hausdurchsuchungen Kenntnis von den beschlagnahmten Schriftstücken und dem Inhalt der Vernehmungen erhalten hat. Der „Vorwärts“ konnte nämlich in der gegen 3 Uhr nachmittags erscheinenden Ausgabe bereits den wesentlichen Inhalt der Vernehmungen wiedergeben, obwohl diese bis gegen 2 Uhr gedauert hatten. Die beiden Staatsanwälte und die beschuldigten Angestellten des Bureaus versichern an Eidesstatt, daß die Angaben des Amtlichen Preussischen Pressedienstes, wonach die Nachrichten über den Inhalt der polizeilichen Vernehmungen lediglich auf Angaben der Bernommenen beruhen, soweit ihre Personen in Betracht kommen, unwahr sind und daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Schriftstücke erst am Tage der Veröffentlichung in dem Bureau des Herrn Knoll beschlagnahmt wurden.“

Wir können hierzu folgendes erklären:

1. Es ist un wahr — wovon sich jeder durch Nachlesen überzeugen kann —, daß der „Vorwärts“ in seiner Dienstagnachmittagsausgabe oder überhaupt irgendetwas über den Inhalt der Vernehmungen und bei den Hausdurchsuchungen der beschlagnahmten Schriftstücke veröffentlicht hat mit Ausnahme dessen, was die B. S. Korrespondenz auf Grund uns nicht bekannter Quellen hierüber der gesamten Presse mitgeteilt hat.

2. Der Inhalt der Vernehmungen und der beschlagnahmten Schriftstücke ist uns bis heute nicht bekannt. Alles, was wir zu dem Stand der Staatsanwaltschaft veröffentlicht, beruht entweder auf jenem Material, das zu unserer Kenntnis gelangte — worauf wir schon mehrfach hingewiesen — bevor es den Behörden zugeleitet wurde, teils auf Material, das überhaupt nicht in Besitz der Behörden sich befindet sondern uns direkt zugeht.

3. Sollten die beiden Staatsanwälte Kuhmann und Casparj wirklich, wie die Herren Bacmeister und Leopold behaupten, in einer gültigen eidesstattlichen Erklärung versichert haben, daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Schriftstücke erst am Tage der Veröffentlichung im Büro des Herrn Knoll beschlagnahmt worden

Die Rehhaut als photographische Platte

Kurz nach der Verhaftung des Massenmörders Angerstein, die, wie ja erinnerlich sein wird, am Tage nach der Entdeckung des Verbrechens erfolgte, brachten einige Zeitungen die aufsehenerregende Mitteilung, daß man in den Augen eines der Ermordeten das photographische Bild Angersteins entdeckt habe, der ein Beil in der erhobenen Hand hält. Unwillig wurde diese Nachricht weder bestätigt noch bestritten.

Die Aufnahme von Bildern geht im Auge ähnlich vor sich wie in der Kamera. Deshalb ist die oben ausgesprochene Vermutung nicht ohne weiteres der Hand zu weisen. Eine so bedeutende Autorität wie Professor Greef in Berlin stellt jedoch die Möglichkeit, wie sie beim Fall Angerstein in Erwägung gezogen wurde, als unmöglich dar. Der „Bild“, eine illustrierte Zeitschrift, brachte vor einiger Zeit eine Darstellung der Auffassung Greefs, der wir folgenden entnehmen:

Im Jahre 1876 machte der italienische Augenarzt B o l l die Entdeckung, daß die Rehhaut von Mensch und Tier von einem roten Farbstoff durchzogen sei, den man später das Schurpurpur nannte. Aus dem Vorhandensein dieses Schurpurs schloß der verstorbenen Heidelberger Psychologe K ü h n e dann, daß es möglich sein mußte, Lichtindrücke auf der Rehhaut festzuhalten und nach dem Tode durch Photogramm den letzten Eindruck des Auges zu fixieren. Das gelang ihm auch durch Experimente an einem Kanarienvogel mit erweiterter Pupille, dem er einen einfachen weißen Gegenstand dicht vor das Auge hielt. Nach 1,5 Minuten wurde das Auge rasch geschlossen und das Tier sofort getötet. Das Auge wurde nun wie eine photographische Platte fixiert. In dem roten Schurpurpur konnten dann die hellen Konturen des Gegenstandes erkannt und von dem so gewonnenen Bilde ein photographischer Abzug gemacht werden. Damit war erwiesen, daß die Rehhaut sich wie eine photographische Platte verhält.

Professor Dr. Greef behauptet nun, daß nur ganz einfache Gegenstände, wie z. B. ein weißes Kreuz oder ein weißer Buchstabe auf schwarzem Hintergrund, auf diese Weise im Auge photographiert werden könne, und auch dann nur, wenn sie mindestens 1,5 Minuten lang regungslos exponiert würden. Ferner müsse das Auge sofort geschlossen und ins Dunkle gebracht werden. Schon nach einer Verabregung von 1 bis 2 Minuten sei das Bild verschwunden.

Professor Greef meint, daß solche Bedingungen wohl niemals bei einem Verbrechen zusammenzutreffen würden. Es sei sicherlich nicht anzunehmen, daß der Mörder Angerstein 1,5 Minuten regungslos mit dem Beil in der Hand vor seinem Opfer gestanden habe, und selbst dann müsse das Bild längst wieder aus dem Auge verschwunden sein, da man die Leichen erst nach vielen Stunden auffand.

Dagegen wird allerdings eingewandt, daß es unmöglich sei, nachzuprüfen, welche geheimnisvollen Kräfte in einem so katastrophalen Moment am Werk sind. Es wird nicht gelingen, die mechanischen und chemischen Vorgänge, die den plötzlichen Tod eines Menschen oder eines Tieres begleiten, in allen Teilen zu erforschen. Es erscheint deshalb wünschenswert, wenn die Behörden noch nachträglich zu der im Falle Angerstein aufgestellten Behauptung Stellung nehmen und den wahren Sachverhalt der Öffentlichkeit mitteilen. Pierre Holl.

hien, so würden sich die beiden Herren durch Abgabe einer solchen eidesstattlichen Versicherung auf das Schwerste strafbar gemacht haben. Wir glauben indessen, daß Barmeister-Leopold diese „eidesstattliche Versicherung“ nur erfinden, um ihre eigenen Behauptungen etwas glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Der Hauptteil der Angriffe richtet sich gegen das preussische Justizministerium, gelungenerweise in erster Linie gegen den der Rechte nachstehenden Ministerialdirektor Hube r. Es verlohnt kaum, auf jene Angriffe einzugehen, die sich im wesentlichen auf die Abberufung der Staatsanwälte beziehen, aus deren Reihen schwere amtliche Verfehlungen begangen wurden. Wenn aber die Herren Barmeister-Leopold mit gemintem Pathos immer wieder so tun, als sollte eine zum Himmel schreiende Korruption gegen die strafrechtliche Verfolgung in Schutz genommen werden, so erklären wir: eine wirkliche Korruption wird der „Vorwärts“ oder die sozialdemokratische Partei niemals in Schutz nehmen. Unser Kampf richtete und richtet sich dagegen, daß der ganze sogenannte Barmat-Standal aus rein politischen Gründen ohne sachliche Unterlagen in Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Rechtsparteien inszeniert wurde, um die republikanischen Parteien bei der Reichspräsidentenwahl zu schädigen. Wir verweisen insbesondere auf folgende Dinge, die nach den amtlichen Stenogrammen des preussischen Untersuchungsausschusses feststehen, aber bis heute von der Rechtspresse ihren Lesern ängstlich verschwiegen werden:

Der als Sachverständiger vernommene Reichsbankdirektor Schacht hat erklärt, daß im Gegenzug zu den Antikler- und Michael-Krediten die Barmat-Kredite der Seehandlung an sich volkswirtschaftlich gerechtfertigt, nur seiner Ansicht nach zu hoch waren. Der ehemalige Seehandlungspräsident, Erzengel von Damböis, ein vollkommen altpreußischer Herr, erklärt die unter seinem Regime gegebenen Barmat-Kredite für volkswirtschaftlich absolut gerechtfertigt. Sein Nachfolger, der jetzige Seehandlungspräsident Dr. Schröder, erklärt, während seiner Amtsperiode niemals das Gefühl gehabt zu haben, daß Barmat die Seehandlung habe betrügen oder durch falsche Angaben täuschen wollen.

Wenn die Herren Barmeister und Leopold von der Verschleuderung „riesiger Willkürbeträge“ auch im Falle Barmat reden, so steht bis heute überhaupt noch nicht fest, ob ein Schaden und welcher entstanden ist. Sämtliche Beteiligten haben dem Ausschuss gegenüber bis heute eine präzise Beantwortung dieser Frage abgelehnt. Der von der Staatsanwaltschaft als Sachverständiger hinzugezogene Professor Beitzner hat sein Gutachten dahin erstattet, daß bis zum 31. Dezember 1924 die Barmat-Kredite in voller oder nahezu voller Höhe gedeckt waren und daß die Deckungen erst durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft stark entwertet worden sind. All das zeigt, daß es sich hier nicht um ein Vorgehen gegen irgendwelche Korruption, sondern um einen politischen Schlag gegen die Linksparteien gehandelt hat.

Caspary bei Höfle.

Wessor Dr. Caspary schickt uns folgendes Schreiben, das er eine „Berichtigung“ nennt:

Wahr ist, daß ich — wie Rechtsanwalt Themat im „Berliner Tageblatt“ vom 30. Juli 1925 auf meine Information hin behauptet hat — weder mit der Verhaftung des Herrn Dr. Höfle noch überhaupt mit der Entscheidung gegen ihn befaßt, vielmehr im ganzen Barmat-Komplex niemals Dezentern war.

Sie zitieren dagegen einige Angaben, die der Staatsanwaltschaftsrat Pelzer vor dem Untersuchungsausschuss gemacht hat. Der scheinbare Widerspruch erklärt sich aus folgender Tatsache: Als Herr Pelzer nach Richterfelde zu Herrn Dr. Höfle fahren wollte, bot er im letzten Augenblick Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Binde, einen Zeugen mitnehmen zu dürfen, da die Beamten der Staatsanwaltschaft in der damaligen Zeit allerlei Verhättnisse in bezug auf die Ausübung ihrer Amtspflichten ausgelebt gewesen seien. In seiner Begleitung wurde ich bestimmt. Von der Fahrt nach Richterfelde lehrten wir ohne Herrn Dr. Höfle zurück. Argendwelche materiellen oder formellen Einflüsse auf diese ganze Angelegenheit hatte ich nicht und dürfte ich entsprechend der mir zugeteilten Aufgabe als Zeuge nicht beanspruchen.

Wessor Caspary muß in diesem Schreiben selbst zugeben, daß er bestimmt war, den Staatsanwalt Pelzer auf der Fahrt nach Richterfelde zur Hausauskunft bei Höfle und bei dessen eventueller Verhaftung zu begleiten. Er war also „dienstlich damit befaßt“ und die Abstreitung dieser Tatsache durch Rechtsanwalt Themat war demnach zumindest leichtfertig, wenn es sich nicht gar um gewollte Buchstabenkläuberei handelt.

Die marokkanischen Friedensbedingungen.

Das spanisch-französische Programm.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Tetuan behauptet auf Grund von offiziellen Informationen die Friedensbedingungen, auf die sich Frankreich und Spanien geeinigt hätten und die Abd el Krim durch Vermittlung der beiden nach Tetuan entsandten Emisariats zur Kenntnis gebracht worden seien, wie folgt präzisieren zu können: 1) Abd el Krim verpflichtet sich, die religiöse Souveränität des Sultans von Marokko anzuerkennen; 2) Frankreich und Spanien erkennen die administrative Autonomie des Rif an; 3) die beiden Mächte gestatten dem Rif die Unterdrückung einer ausreichenden Polizeimacht, um die Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten. Frankreich verpflichtet sich, die Cadres für diese Organisation zu stellen; 4) die vergrößerten Zonen von Ceuta und Melilla bleiben in vollem Besitz Spaniens; 5) die Grenzen des autonomen Staates des Rif werden gebildet im Westen durch eine Linie 20 Kilometer östlich der Eisenbahnstrecke Tanger—Tess, im Süden durch eine Linie, die durch die Flüsse Ouergha und Loukkos bestimmt wird; 6) die kleine Küstenzone zwischen der westlichen Grenze des Rif und dem Atlantischen Ozean soll entweder der Zone von Tanger angegliedert werden oder in das französische Protektorat aufgeteilt werden; 7) der Vertrag zwischen dem Rif einerseits und Spanien und Frankreich andererseits soll unter die Kontrolle des Völkerverbundes gestellt werden.

Briand — Chamberlain.

Die Gründe der Verschiebung der Londoner Besprechung.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Meldungen aus englischer Quelle soll Briand entgegen dem am Dienstag vom französischen Auswärtigen Amt verbreiteten Dementi tatsächlich die Abfahrt gehabt haben, schon am Mittwoch zu einer persönlichen Aussprache mit Chamberlain nach London zu kommen, diese Reise aber auf ausdrücklichen Wunsch des englischen Außenministers verschoben haben. Briand habe am Montag telephonisch anfragen lassen, ob Chamberlain in dieser Woche zwei Tage zu einer Aussprache über die Sicherheitsfrage Zeit habe. Der englische Außenminister habe jedoch teils aus persönlichen, teils aus sachlichen Gründen Briand um den Aufschub seiner Reise gebeten unter Hinweis auf die am Donnerstag im Unterhaus stattfindende Debatte.

Stehen verboten . . .!

Aus London wird gemeldet:

Die Ueberfüllung der Autobusse, die auch in London einen schweren Uebelstand bildet, hat jetzt die Polizei der englischen Hauptstadt zu einem strengen Maßnahmenkatalog. Vom 4. August ab dürfen dort nicht mehr Fahrgäste bestiegen werden, als Sitzeleigenheiten in den Wagen vorhanden sind; in allen öffentlichen Fahrzeugen ist daher von diesem Tage ab das Stehen von Fahrgästen nicht mehr erlaubt. Nur für gewisse Tageszeiten sind einige Ausnahmen gestattet. Das Stehen von Fahrgästen ist ebenfalls erlaubt an den Wochentagen vor 8 1/2 Uhr morgens, dann von Montag bis Freitag zwischen 4 1/2 und 6 1/2 Uhr nachmittags sowie an Sonnabenden zwischen 12 1/2 und 2 1/2 Uhr nachmittags. Es darf aber dann die Anzahl der stehenden Personen nicht auf dem unteren Teil des Omnibusses oder ein Drittel der gesamten Fahrgäste in einer Straßenbahn nicht übersteigen.

Diese einschneidende Maßnahme des Londoner Polizeipräsidenten berührt einen sehr wichtigen Punkt des Londoner und auch — des Berliner Verkehrs. Es ist schon so: die überfüllten Autobusse und Straßenbahnwagen sind zu einer Gefahr für Leib und Leben der Fahrgäste geworden.

Es hört sich so nett und ordentlich an: 35 Sitze und 12 Stehplätze. Wie aber sieht die Praxis aus? Im Handumdrehen steht sich der ohnmächtige Schaffner einer dreifachen Ueberlastung gegenüber, und auf dem Perron ist es so schreckenerregend eng, daß sich der Aussteigende mit den Ellbogen die Freiheit der Straße erkämpfen muß. Das dauert nun, je nach Beschaffenheit der ersten, mehr oder minder lange. Dies hindurchwinden, die Eingepferchttheit, die muffige Atmosphäre, das alles schafft Gemütsstimmung, und so vergeht kein Tag ohne Kräftele. Auf den Omnibussen ist es womöglich noch schlimmer. Eine Regelung der Besetzungstärke gibt es nicht, da wird hineingehoben, als ob es Völkermare zu verkaufen gäbe. Was hilft gegen dies Sodom und Gomorra der Verkehrsordnung? Leider muß es gesagt werden: Bestimmungen, nur Verordnungen. Mit väterlichen Ratschlägen zu Disziplin und Barmherzigkeit ist nichts zu machen. Vor allem: der Wagenpark muß erweitert werden. Die doppelte, die dreifache Zahl an Wagen, und all diese Unerträglichkeiten, die so zermürbend wirken und doch so überaus leicht vermieden werden können, sind weggeblasen. Allerdings wäre es ein Schicksal für die Stadt, das Stehen zu verbieten, ohne die zwangsläufig in den Gängen aufgestellten mit Eichen zu versorgen. Man stelle sich vor, das Verbot träte ab morgen in Kraft. Die Witze des Berliner möchte man sehen, dem, um Mittagspause und innere Balance geprellt, vom Trittbrett der Autobusse, Zug um Zug, das Nachwort entgegenkommt: Achtung — befehl! In den Haltestellen gäbe es tagtäglich wilde Sturmgewitter, und die Ueberfallkommandos der Schutzpolizei wären ohne Unterbrechung in Tätigkeit. Um jeden freigeordneten Platz würden Schlächten entbrennen: „Mann gegen Mann, Weib gegen Weib . . .“

Wenn, nehmen wir an, 20 000 Leute mit dem Autobus fahren wollen, kommt man nicht mit 15 000 Sitzen aus. Eher immerhin umgekehrt. Aber man könnte ja zur Stimmungsprobe eine Abstimmung unter den Interessierten veranstalten lassen. Stehen oder Nichtstehen, das ist hier die Frage . . .

Die neuen Wagen der Uboag. Seit Sonntag läuft auf der Linie 8 (Stettiner Bahnhof—Steglich) auch der zweite Londoner Probeautobus mit offenem Verdeck. Dieser Wagen wird gleichfalls, wie die beiden anderen Probestypen, dem Publikum auffallend bevorzugt. Wie die Direktion der Uboag mitteilt, sind seit Dienstag auf der Autobuslinie 29 (Rantow—Reutahn) zwei neue Wagen mit offenem Verdeck und auf Linie 11 (Neuföhn—Roabit) ein neuer Wagen, deren Karosserien sämtlich auf sogenannte Riederfahrgerüste montiert sind, in den Verkehr gestellt worden. Diese Wagen, die ein deutsches Fabrikat darstellen, sind etwas breiter und bieten dadurch im Innern bequemere Sitzmöglichkeiten.

Geheimnisvolle Schüsse.

Eine Liebestragödie und ein Raubakt.

In dieses Dunkel gehüllt ist noch ein Mord an einer Frau in der Kolonie Ruhleben, dem ein Selbstmordversuch des Täters folgte. Es wird uns darüber folgendes mitgeteilt:

Die Kolonie Ruhleben liegt zwischen Ruhleben und Spandau. In den späten Nachmittagsstunden kam ein Mann blutüberströmt aus dem bewaldeten Teil heraus und näherte sich einer Laube. Der Besitzer sah den schwerverwundeten Mann herantommen und eilte ihm entgegen. Stammelnd berichtete dieser, daß er eine Frau erschossen und dann versucht habe, sich selbst zu töten. Sofort wurde die Kriminalpolizei alarmiert, und bei dem schleunigen Abfluchen des Geländes fand man etwa 400 Meter weit von der Stelle, wo der Mann zusammengebrochen war, eine Frau mit einem Kopfschuß tot auf. Allem Anschein nach ist die Frau von jenem Mann vorher erschossen worden, und dann hat er versucht, sich selbst zu erschießen. Die Ermittlungen ergaben bald den Namen des Täters. Es ist der 29 Jahre alte Kaufmann Kurt Berch aus der Sigmaringenstr. 25. Er selbst hat sich einen Kopfschuß beigebracht, der ihn schwer verletzte. Die Kugel steckt noch im Gehirn, und der Schmerztrank, der noch nicht vernehmlich ist, wurde in das Staatskrankenhaus transportiert. Die tote Frau wurde als eine 48 Jahre alte Witwe Betty Hoack festgestellt.

Eine andere geheimnisvolle Schießaffäre, die ebenfalls ein Opfer forderte, beschäftigt auch die Kriminalpolizei. In der vergangenen Nacht fanden in der Andreasstraße vor dem Hause Nr. 29 Polizeibeamte und Publikum einen Mann auf dem Fahrdamm liegen, der aus einer Brustwunde stark blutete. Er wurde sofort in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, und die Ärzte stellen fest, daß er eine Schußverletzung hatte, bei der die Kugel rechts unter den falschen Rippen eingedrungen und im Magen stecken geblieben war. Der ziemlich schwer Verletzte ist ein 25 Jahre alter Techniker Heinrich Fißler aus der Petersburger Straße. Er gibt an, im Fluß des Hauses Grüner Weg 34 gestanden zu haben. Plötzlich sei ein Schuß gefallen, der ihn getroffen habe. Trotz seiner Wunde habe er sich bis zur Andreasstraße gesehleppt, wo er vor dem Hause Nr. 29 zusammengebrochen sei. Er behauptet, daß seine Frau, die Grüner Weg 77 wohnt und mit ihm in Scheidung liegt, den Schuß auf ihn abgegeben habe. Ob seine Angaben auf Wahrheit beruhen, werden erst die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben.

Der Hundefang in Berlin.

Neue Bestimmungen.

Für den Hundefang im Gebiet der Stadt Berlin hat der Polizeipräsident nach Zustimmung des Magistrats neue Bestimmungen, betreffend Maulkorbzwang, erlassen, die am 1. August in Kraft treten.

Danach müssen alle Hunde, mit Ausnahme der Blindenführer-, Polizei- und Heereshunde im Dienst auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder an Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen, mit einem bequemen Maulkorb versehen sein, soweit sie frei umherlaufen, mit einem Halsband versehen sein, das gemäß der Viehseuchepolizeilichen Anordnung vom 13. September 1921 die genaue Adresse des Besitzers des Tieres oder eine gültige Steuerkarte trägt. Hunde, die entgegen diesen Bestimmungen ohne Maulkorb oder mit einem nicht bequemen Maulkorb oder ohne die vorgeschriebene Kennzeichnung am Halsband betroffen werden, werden von den Jagdbeamten weggeführt. Es werden also auch diejenigen Hunde, die ohne Maulkorb oder mit einem nicht vorchriftsmäßigen Maulkorb ausgerüstet an der Leine geführt oder auf dem Arm getragen werden, weggeführt bzw. beschlagnahmt. Die Tiere können an Ort und Stelle durch Zahlung

einer Leistungsgebühr (Auslösungsgebühr) in Höhe von 3 M. je Tier an den Jagdbeamten, der darüber stets eine Quittung nach Formular auszustellen hat, wieder ausgelöst werden. Weggefangene und nicht sofort ausgelöste Hunde werden durch die Jagdbeamten im Tierhort des Deutschen Tierdopvereins, Schilderstraße 4, Fernsprecher Königsplatz 2216, abgeliefert. Dort können sie binnen vier Tagen gegen Erlegung der Leistungsgebühr von 3 M. und der entstandenen Futterkosten durch den Besitzer wieder in Empfang genommen werden. Nach Ablauf dieser Frist werden nicht ausgelöste Hunde als „herrenlos“ oder als „Fundsache“ behandelt. Die für den Sperrbezirk, der Nikolassee, Wannsee, Köhlhagenbrück, Potsdamer Forst, Klein-Glienide-Forst, Plaueninsel und Kladow umfaßt, getroffenen Maßnahmen werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Kuhrtungebung des Reichsbanners.

Bei der Kuhrtungebung, die morgen, Donnerstag abend, um 8 Uhr am Reichsbanner auf dem Gendarmenmarkt veranstaltet wird, werden Reichszentralrat a. D. Warg, Reichsminister a. D. Erich Koch und Staatsminister a. D. Büdemann sprechen. Die Feier findet mit einem Fackelzug ihren Abschluß. Alle Republikaner sind zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen.

Mit 120 000 Mark geflüchtet.

Mit 120 000 Mark ist der 27 Jahre alte Buchhalter Fritz Räscher geflüchtet, der schon seit 3 Jahren bei einer Bank im Zentrum der Stadt angestellt war. Seine Führung und seine Arbeit waren so zufriedenstellend, daß er sich im Laufe der Zeit einen großen Vertrauensvorschuss erkaufte. Man hatte ihm den zweiten Tresorschlüssel anvertraut. Dieses Vertrauen mißbrauchte er zu einer großen Unterschlagung. Am Sonnabend abend, als der Betrieb geschlossen wurde, schloß Räscher, wie immer, den Tresor ab und entfernte sich. Als er am Montag nicht wiederkam, erkundigte man sich bei seiner Familie und erfuhr, daß er weder am Sonnabend noch am Sonntag nach Hause gekommen war. Der Tresor wurde sofort geöffnet, und eine genaue Revision ergab, daß der Ungetreue Effekten im Werte von 120 000 Mark an sich genommen hatte. Wahrscheinlich hat er die Papiere schon einige Tage vorher verkauft oder lombardiert. Auf dem amtlichen Wege wurde das Verzeichnis der gestohlenen Effekten veröffentlicht. Der Detektiv, der eine Frau und ein Kind zurückgelassen hat, ist 1,70 Meter groß, dunkelblond, hat ein schmales Gesicht und eine schlanke Gestalt. Auf seine Ergreifung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Einemann und die große Streife der Kriminalpolizei entgegen.

Saar- und Hessen-Kinder in Berlin.

Heute morgen traf ein Ferienkindertransport von über 700 Kindern aus dem Saargebiet und dem besetzten Rheinheffen auf dem Anhalter Bahnhof ein, um nach kurzem Aufenthalt nach verschiedenen Kurorten der Ost- und Nordsee weiterzufahren. Nach einer Begrüßung auf dem Bahnhof wurden die Kinder in die Germaniastraße in der Chausseestraße geleitet, wo sie ausgiebig verpflegt wurden. Im Café Excelsior fand ein Frühstück der Begleiter, sowie der Vertreter der Verbände und Behörden statt, bei dem u. a. der hiesige Landtagspräsident Adlung das Wort ergriff, um den Behörden seinen Dank für den herzlichen Empfang in der Reichshauptstadt auszusprechen. Zum Schluß sprach der preussische Wohlfahrtsminister Hirtl, der einige freundliche Worte an die Kinder richtete. Später wurden die Kinder dann auf den Stettiner Bahnhof geleitet, von wo aus sie ihre Reise weiter fortsetzten.

Ein neues Röntgeninstitut. Der Arzt und Röntgenologe Dr. Hans Fraenkel hatte zu Sonntag Vertreter der Presse zu einer Besichtigung seines neuen Röntgeninstituts eingeladen, das in dem Rumänien-Kursendamm 31 nach dem neuesten Stande der Wissenschaft und Technik eingerichtet worden ist und so zu den modernsten Instituten dieser Art gehören dürfte. Dr. Fraenkel betonte bei dieser Gelegenheit, daß in der neuen Anlage vor allen Dingen eine vorsichtige Röntgenbehandlung, die er „biopositiv“ nennt, vorgenommen werden soll. Der Gedanke, eine Heilung über den Weg einer Gesundheitschädigung herbeizuführen, sei zu verwerfen. Der neue Weg der Strahlenanwendung solle den geschwächten Körper in seiner Funktionsfähigkeit stärken. Neben der Selbstbehandlung in diesem Sinne soll das Institut aber auch der Röntgenprüfung dienen.

Verlängerung der Linie 113. Am 1. August wurde die Linie 113 — Boglowitz-Edle Turmstraße bis Lichtenberg — im Osten über den jetzigen Endpunkt Wilschstraße hinaus bis Rosenfelder Straße weitergeführt.

In einer städtischen Badeanstalt ertrunken. Am Dienstag abend 8 Uhr ertrank in der Stadt Schwimmbadanstalt in der Dennewitzstraße ein 19jähriger Mann, der angeblich im Hause Friedrichstraße 114 wohnte. Sofort angelegte Wiederbelebungsbemühungen waren vergeblich.

Die Ausstellung „Farbe und Raum“ in der Schule in der Fürbringerstraße erlangt sich nach wie vor des größten Interesses. In der letzten Woche haben über 10 000 Besucher die Ausstellung besucht. Mit Rücksicht auf den großen Andrang ist der Donnerstag als Sonderstag eingerichtet, an welchem Tage im Garten von 4 Uhr ab Konzert stattfindet. Der Eintrittspreis beträgt an diesem Tage 1 M.

Die im Jahre 1775 königl. priv. Eleonora-Apothek, Berlin, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz, sah am 2. August auf ihr 150jähriges Bestehen zurück. Die Apotheke bestand sich ursprünglich im Hause Leipziger-Edle Kommandantenstraße und wurde erst in späteren Jahren nach dem Hause Leipziger Str. 74 verlegt. Seit dem Jahre 1906 ist sie im Besitz des Herrn Dr. Richard Döbner.

Der Fund der Auslandsdeutschen E. B. Berlin C 2, Klosterstraße 75, teilt mit, daß er eine Nachlassenschaft errichtet hat, deren Zweck es ist, inlandsdeutschen Erben bei der Einziehung von im Ausland angefallenen Erbschaften auf gemeinnütziger Basis behilflich zu sein. Mittels geeigneter Vertrauensleute im Ausland sollen die Interessen der Erben gegenüber ausländischen Nachlassengericht, Testamentsvollstreckern usw. vertreten werden.

Der Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer, Kriegsteilnehmer und Kriegsgeldbesitzer, Ortsgruppe Neutölln, veranstaltet am 9. August sein diesjähriges Sommerfest im Städtischen Parkgarten, Neutölln, Parkgartenstraße 6—11, verbunden mit Konzert, Gelang, turnerischen und Tanzdarbietungen sowie Kinderbelustigungen.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Im Januar 1925 wurde auf der Straße Berlin—Schneidemühl bei Stöden ein Eisenbahnattentat, bei dem 18 Personen zu Tode kamen, verübt. Der Hauptschuldige Verleberg wurde seinerzeit hingerichtet. Wegen den flüchtig gewordenen 81jährigen russischen Arbeiter Tasseffski konnte erst im März 1925 verhandelt werden. Er wurde wegen vorläufigen Mordes und Gefährdung eines Eisenbahntransports gleichfalls zum Tode verurteilt, jetzt aber durch Erlass des preussischen Justizministers zu lebenslänglichem Zuchthausstrafe begnadigt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin C 14, Sobottkestr. 27/28, Tel. 3 12. Gewerkschaft. Die Kameraden sehen Donnerstag abend punkt 8 Uhr am Gendarmenmarkt. Ausnahmen nur für die Kameradschaften Plauen, Weihen, Zehlendorf und Reinickendorf zulässig. Einzeln für diesen Tag angelegte Zusammenkünfte haben nach Vereinbarung der Umgebung stattzufinden. — Kameradschaft Friedrichshagen. Morgen abend 7 Uhr. Treffen der gesamten Kameradschaft vor dem Bezenhofstr. 30, zum gemeinsamen Marsch nach dem Gendarmenmarkt. Sämtliche Kameraden sind eingeladen. — Kameradschaft Wilmersdorf. Donnerstag, den 6. August abend 7 Uhr. Treffen vor Rathaus am Neuen Markt, 7 30 Uhr. Marsch nach dem Gendarmenmarkt.

